

LAGERGEMEINSCHAFT AUSCHWITZ – FREUNDESKREIS DER AUSCHWITZER E.V.



Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzer e.V.
Freiherr-vom-Stein-Straße 27 · 35516 Münzenberg

An den
Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

24. Januar 2008

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

hier:

**Pflegebedürftigkeit der Überlebenden des Holocausts und der NS-Konzentrationslager / Öffnung der deutschen Pflegeversicherung
Berichterstattung / Statistiken Ihres Hauses zur Entschädigung**

Sehr geehrter Herr Steinbrück,

die Lebenslage vieler Überlebender des Holocausts und der NS-Konzentrationslager ist von Armut, Hilflosigkeit und Resignation gekennzeichnet. Das weiß unsere Lagergemeinschaft aus unseren regelmäßigen Kontakten mit den Überlebenden in Israel, den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Vereinigten Staaten. Deshalb unterstützt die *Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer (LGA)* die Forderung des Dachverbands der Holocaust-Überlebenden in Israel und ihres Vorsitzenden Noach Flug nach direkten Zahlungen an die Überlebenden. Die Sicherung eines menschenwürdigen Lebensabends der Überlebenden des Nazi-Terrors bleibt dauernde Verpflichtung aller Deutschen und ihrer Regierung.

Zusammen mit den israelischen KollegInnen haben wir deshalb in der Arbeitsgruppe des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK) zu Entschädigungsfragen den Vorschlag zum Einbezug der Überlebenden des Holocausts und der NS-Konzentrationslager in die Leistungen der deutschen Pflegeversicherung erarbeitet. Leider ist dieser Vorschlag in Ihrem Hause bisher auf wenig Resonanz gestoßen. Fast scheint es, als sei unsere Konzeption seitens der Bundesregierung nicht einmal ernsthaft geprüft worden.

Freiherr-vom-Stein Strasse 27 35516 Münzenberg
Bankverbindung. Sparkasse Wetterau (BLZ: 518 500 79) Kto.-Nr. 0020000503
www.lagergemeinschaft-auschwitz.de

Aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008 wiederholen wir diese Forderung mit Nachdruck und fordern Sie sehr geehrter Herr Steinbrück auf, zusammen mit den weiteren zuständigen Bundesministerien umgehend in konkrete Verhandlungen mit den Überlebenden - am besten auf der Ebene des IAK - einzutreten.

Die Öffnung der deutschen Pflegeversicherung für die Überlebenden der NS-Verfolgung bietet gegenüber anderen Strategien zahlreiche Vorteile:

- einheitliches Absicherungsniveau der deutschen Bevölkerung und der Überlebenden der NS-Verfolgung
- keine Konkurrenz der verschiedenen Opfergruppen
- einfaches, an der Pflegebedürftigkeit orientiertes Bewilligungskriterium ohne Nachweis von Verfolgungs- und Inhaftierungsdauer
- relevante Höhe der Unterstützungsleistung insbesondere in Heimatländern mit geringem Einkommensniveau.

Diese Absicherung ist nur im direkten Kontakt mit den Überlebenden zu garantieren. Sie kann zuverlässig nicht in zwischenstaatlichen Abkommen der Nationalstaaten geregelt werden. Zu groß ist sonst die Gefahr, dass deutsche Zahlungen die Überlebenden nicht kurzfristig und unmittelbar erreichen, sondern zur Sanierung der Haushalte in Partnerstaaten verwendet werden.

Wir wären Ihnen daher sehr verbunden, wenn Sie uns und den anderen Mitgliedsorganisationen des Internationalen Auschwitz Komitees kurzfristig Gelegenheit zur persönlichen Erörterung dieses Vorschlags geben würden.

Gestatten Sie uns, sehr geehrter Herr Steinbrück, bei dieser Gelegenheit noch eine Bitte zur Kommunikationspolitik Ihres Hauses:
Leider hat es sich das BMF angewöhnt, Zahlen zur Entschädigung von NS-Unrecht an die Bevölkerung fast ausschließlich als kumulierte Summe seit 1945 zu kommunizieren. Das geschieht unseres Wissens bei keiner anderen Position öffentlicher Haushalte.

Diese Abweichung kann nur ein einziges Ziel haben:
Ausgaben höher erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit waren. Damit wird in der Öffentlichkeit ein Image der „unersättlichen“ Überlebenden gefördert, wenn nicht gar das alte NS-Stereotyp vom „raffenden Juden“ bedient.

Bitte stoppen Sie, sehr geehrter Herr Steinbrück, diese Form der Kommunikation für alle Zukunft! Kommunizieren Sie Beträge zur Entschädigung wie alle anderen Zahlen Ihres Bundeshaushalts auch: **als jährliche Ausgaben**, wenn nötig im mehrjährigen Vergleich. Dann würde deutlich, dass wegen der hohen Sterberate der NS-Verfolgten die Ausgaben für Entschädigungsrenten jährlich sinken - also selbst bei einem Einfrieren der entsprechenden Haushaltspositionen erweiterte Leistungen finanzierbar werden.

Schon jetzt bedanken wir uns sehr herzlich für Ihre Unterstützung und verbleiben bis zur weiteren Erörterung der hier aufgeworfenen Fragen

mit freundlichen Grüßen

Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitziter (LGA)



Albrecht Werner-Cordt
Vorsitzender

Lothar Evers
Bereich Entschädigung